

**Protokoll der  
Pressekonferenz der Deutschen Bundesbank  
zum Jahresende  
am 13. Dezember 2001 in Frankfurt am Main**

Bundesbankpräsident Welteke:

Lassen sich mich zu Beginn Ihnen allen danken, die Sie uns kritisch begleiten und kritisch begleitet haben. Ich wünsche Ihnen ein geruhssames Weihnachtsfest und einen guten Rutsch.

Der "gute Rutsch" hat in diesem Jahr für Bundesbanker und alle anderen Notenbanker in den zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion eine ganz besondere Bedeutung. Denn mit dem kommenden Jahr beginnt im Hinblick auf das Bargeld ein neues Zeitalter. Wir werden endgültig Abschied von der Deutschen Mark in Form von Banknoten und Münzen nehmen und uns an die neuen Geldscheine und Münzen gewöhnen müssen. So hat auch die heutige Veranstaltung eine besondere Bedeutung, denn es ist die letzte Pressekonferenz im D-Mark Zeitalter.

Ich möchte zu Beginn ganz kurz noch einmal stichwortartig die Ereignisse des vergangenen Jahres ansprechen.

Im April haben wir das Inverkehrgabe-Konzept für das Euro-Bargeld vorgestellt. Von da an hat auch die Öffentlichkeitsarbeit begonnen, insbesondere mit der sogenannten Euro-Zelttour durch über 100 Städte in ganz Deutschland. Die Zelttour wurde getragen, nicht nur von uns hier im Direktorium, sondern auch von den Landeszentralbanken und von der Arbeitsgemeinschaft „Euro“. Am kommenden Montag schließt die Zelttour mit einer großen Abschlussveranstaltung in Köln ab. Dann beginnt die Inverkehrgabe der

Starter-Kits. Ich werde in Köln dabei sein und eigenhändig mitwirken beim Verkauf der Starter-Kits.

Im Mai hatten wir die Auftaktaktion zur Euro-Bargeldeinführung mit dem Thema „Her mit den Schlafmünzen!“ Wir haben mit dieser Aktion mehr D-Mark-Münzen als erwartet aus dem Verkehr ziehen können. Von daher ist die Kampagne als ein Erfolg zu bezeichnen. Es gab zwar hier und da auch Kritik, dass die eine oder andere Spardose nicht gebührenfrei übernommen wurde, oder dass jemand nicht über die Kampagne informiert war. Doch dadurch wird der Erfolg nicht geschmälert.

Im Mai haben wir unsere Frühjahrskonferenz unter dem Titel „Aging, Financial Markets and Monetary Policy“ in Eltville durchgeführt. Dort wurden die demographischen Probleme der Überalterung für die staatlichen Rentensysteme diskutiert.

Ebenfalls im Mai hat die Bundesbank im Zoopalais hier in Frankfurt die "Euro-2002-Konferenz" in Deutschland ausgerichtet. Diese war Bestandteil der europaweiten Konferenzserie im Rahmen der Euro-2002-Informationenkampagne des Eurosystems. Es wurde mit Vertretern der wichtigsten beteiligten Gruppen diskutiert über den Stand und die Planungen zur Euro-Bargeldeinführung.

Im Juni und Juli organisierten wir Informationsveranstaltungen in Frankfurt und Berlin zum Thema "DM-Bargeldumtausch in Mittel- und Osteuropa" für Medienvertreter aus diesen Regionen. Dazu haben wir weitere Veranstaltungen durchgeführt in Moskau, in Sarajewo, in Sofia, in Prag, in Kiew, in Minsk, in Bukarest, in Zagreb und noch einmal in Moskau.

Was mir besonders viel Spaß gemacht hat, war unser erster sogenannter "Sommerworkshop" in unserer Ausbildungsstätte in Eltville. Wir hatten 30 Studenten aus Deutschland und aus dem europäischen Ausland eingeladen und zusammen mit den Referendaren der Bundesbank ein 14-tägiges Seminar organisiert.

Im Juli haben wir die D-Mark-Goldmünze ausgegeben. 100 Mio. DM des Nettoerlöses wurden für die Stiftung "Geld und Währung" bereitgestellt, der darüber hinausgehende Erlös geht an die Stiftung "Preussischer Kulturbesitz" zur Sanierung der Berliner

Museumsinsel. Die Stiftung "Geld und Währung" werden wir am 18. Januar 2002 der Öffentlichkeit vorstellen.

Darüber hinaus möchte ich erwähnen: unser Symposium zu Zahlungsverkehr und Wertpapierabwicklung in Frankfurt, die Herbstkonferenz in Eltville „How to Pave the Road to E(M)U: The Monetary Side of the Enlargement Process (and its Fiscal Support)“ in Zusammenarbeit mit der ungarischen Nationalbank und dem Center for Financial Studies und die in der vergangenen Woche gemeinsam mit der EZB abgehaltene Konferenz in Berlin zum Thema „Erweiterung der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa“.

Anstelle der Unterstützung vielfältiger Ideen zum Feiern der Bargeldeinführung haben wir ein Stipendien-Programm aufgelegt. Elf Studenten der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften aus den Euroteilnehmerlandern erhalten hier an der Frankfurter Universität für ein Jahr ein Stipendium. Eine Fortsetzung behalten wir uns vor. Mit dieser Einladung ausländischer Studenten nach Frankfurt leisten wir einen besseren Beitrag für die Zukunft Europas, als wenn wir für die mögliche Durchführung irgendeines Events in Frankfurt oder anderenorts einen Zuschuss gezahlt hätten.

Noch vor uns liegen die Abschlussveranstaltung der Euro-Zelttour am 17. Dezember in Köln und die Eröffnung der Sonderausstellung im Geldmuseum am 18. Dezember. Diese Ausstellung beschäftigt sich nur mit der aktuellen Umstellung von D-Mark zum Euro, sondern blickt auch zurück auf die Umstellung von Taler und Gulden zur Mark. Verglichen werden die Umstellungsmodalitaten und die Schwierigkeiten und Probleme.

Insbesondere möchte ich hier noch auf die Inbetriebnahme des RTGS<sup>plus</sup> Zahlungsverkehrssystemes am 5. November hinweisen. Dafür danke ich insbesondere Herrn Dr. Fabritius und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. RTGS<sup>plus</sup> vereinigt positive Merkmale unserer früheren Systeme und bringt vor allem Liquiditatsersparnisse für die Banken mit sich. Es ist bei der Liquiditätssteuerung für die Banken sehr wichtig ist. Vielfach wird es als das beste Zahlungsverkehrssystem weltweit beschrieben. Die Inbetriebnahme hat außerordentlich gut funktioniert. Die jetzt zur Verfügung stehenden Informationen und Steuerungssysteme für die Banken sind voll funktionsfähig.

Um Ihnen eine Größenordnung zu nennen: im Tagesdurchschnitt werden 116.000 Zahlungen mit einem Volumen von 500 Mrd. Euro im Tagesdurchschnitt abgewickelt. Die Spitze hatten wir bisher am 13. November. Das war ein Tag nach einem amerikanischen Feiertag mit 135.000 Zahlungen und einem Umsatz von 650 Mrd. Euro. RTGS<sup>plus</sup> ist ein Zahlungsverkehrssystem, mit dem sich die Bundesbank in Fachkreisen gut profilieren konnte.

Ein paar Worte möchte ich an dieser Stelle zum Stand der Euro-Bargeldeinführung sagen. Im Augenblick gibt es eine merkwürdige Diskussion. Die Starter-Kits dienen nur der additiven Einführung der Münzen. Sie sind nicht der einzige Weg, auf dem Euro-Münzen in Verkehr gebracht werden. Auch wenn jemand in der nächsten Woche nicht in den Besitz eines Starter-Kits kommen sollte, muss er nicht ohne Euro-Münzen bleiben. Er kann auch am Bankschalter weitere Münzen bekommen. Den Banken ist es unbenommen, weitere Münzen lose oder in eigenen Abpackungen abzugeben. So haben sie bereits mehr als 100 % der Münzen, im sogenannten Subfrontloading, weitergegeben. Es herrscht also es keine Münzknappheit, auch dann nicht, wenn jemand die Münzen nicht in einem kleinen Beutelchen erhält. Außerdem akzeptiert der Handel die D-Mark noch bis zum 28. Februar, auch wenn sie nicht mehr gesetzliches Zahlungsmittel ist. Meine Bitte ist, dies auch der Bevölkerung deutlich zu machen.

Nun aber zur Geldpolitik. Der EZB-Rat hat die Leitzinsen in den letzten Monaten kräftig gesenkt. Es waren insgesamt vier Zinssenkungen um 150 Basispunkte. Damit haben wir ein sehr niedriges Zinsniveau, das der EZB-Rat gegenwärtig für angemessen hält.

Die Zinssenkung stand im Einklang mit der geldpolitischen Strategie. Der Preisauftrieb hatte im Mai seinen Höhepunkt erreicht. Seither ist er unter dem Einfluss fallender Ölpreise und der auf der anderen Seite sich abschwächenden Konjunktur rückläufig.

Prognosen deuten auf ein weiteres Nachlassen des Inflationsdrucks von der Nachfrage- und Kostenseite hin. Im Jahr 2002 kann man deshalb davon ausgehen, dass die Preisstabilität in der Definition von unter 2 % wieder erreicht wird.

Das derzeitige kräftige Geldmengenwachstum stand einer Zinssenkung nicht entgegen. Es ist, wie Sie aus vielen Erklärungen wissen, auf Grund von Portfolioeffekten verzerrt. Deshalb dürften davon kaum Inflationsgefahren ausgehen, aber die weitere monetäre Entwicklung und die dahinter stehenden Einflüsse sind genau zu verfolgen.

Nach den Terroranschlägen am 11. September war auch die EZB gefordert, die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems zu sichern und einer allgemeinen Verunsicherung entgegen zu wirken.

Ich habe gestern an einer Veranstaltung mit dem früheren Bundesfinanzminister Waigel teilgenommen. Er hat noch einmal deutlich gemacht, dass nach dem 11. September eine so schnelle Reaktion in Europa – die Banken mit Liquidität zu versorgen in zwei verschiedenen Währungen, in Euro und in Dollar – ohne das Europäische System der Zentralbanken und die EZB sicherlich nicht möglich gewesen wäre. Ich habe etwas überspitzt dazu gesagt, es hätte lange Sitzungen und Termine gebraucht, um so etwas zu koordinieren und zu erreichen. So wird deutlich, welchen Fortschritt wir mit der Einführung des Europäischen Systems der Zentralbanken erreicht haben.

Die monetären Bedingungen sind derzeit zweifellos recht locker. Dies gilt für die Liquiditätsversorgung, das zeigen die nominalen und realen Zinsen und auch der Wechselkurs.

Die gesamtwirtschaftliche Bilanz für das Jahr 2001 fällt alles in allem ernüchternd und unbefriedigend aus. Es brachte einen markanten konjunkturellen Rückschlag, der in seiner Stärke so nicht vorhergesehen war und wohl auch nicht vorhergesehen werden konnte.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich seit dem Sommer des vergangenen Jahres – man kann fast sagen – in einer hartnäckigen Stagnationsphase, und die Frühindikatoren deuten darauf hin, dass sich die Schwächetendenz insbesondere in der Industrie eher noch verstärkt hat.

Die anhaltende Wachstumsschwäche zeigt, wie stark das Zusammenspiel der kontraktiven Momente gewesen ist. Das ist auch zugleich ein Beleg für die Störanfälligkeit der deutschen Wirtschaft.

Von verschiedenen Seiten ist darauf hingewiesen worden, dass der Terroranschlag und die Ereignisse in den USA die internationale Staatengemeinschaft in einer Situation trafen, in der sich die Weltwirtschaft ohnehin in einer recht labilen Konjunkturphase befand.

Allerdings gab es damals schon einige Anzeichen dafür, dass sich die Verhältnisse in absehbarer Zeit bessern würden. Der 11. September hat jedoch noch einmal einen „Stimmungsschock“ ausgelöst, der Konsumenten und Investoren zu einer abwartenden Haltung veranlasst hat.

Zur Wirtschaft hierzulande: Deutschland hat sich schon immer schwer getan, wenn das weltwirtschaftliche Umfeld nicht intakt war. Auch die derzeit gute Wettbewerbsposition und die Tatsache, dass global betrachtet Marktanteile hinzugewonnen werden konnten, vermochten immer weniger die zunehmenden Belastungen von Seiten des stockenden Welthandels auszugleichen.

Negative Exporterwartungen haben diesmal vergleichsweise stark die zuvor recht dynamischen Investitionen in gewerbliche Ausrüstungsgüter in Mitleidenschaft gezogen. Der zu Jahresbeginn einsetzende Lagerabbau ist in diesem Zusammenhang zu sehen.

Die Binnenkonjunktur war bisher nicht in der Lage, aus eigener Kraft etwas entgegen zu setzen. Was die Steuerreform zu Beginn des Jahres an Entlastung brachte, wurde umgehend durch höhere Teuerungsraten aufgezehrt. Insbesondere in der Bauwirtschaft hält der Anpassungsdruck noch an. Er nahm sogar noch im Laufe dieses Jahres zu. Wenn man die deutsche Industrieproduktion ohne die Bauwirtschaft betrachtet, dann sieht diese gar nicht so schlecht aus im Vergleich zu anderen Ländern. Das gilt, wenn man die Bauwirtschaft herausrechnet. Bezieht man aber die Bauwirtschaft in die Rechnungen mit ein, sieht es sehr viel magerer aus.

Was bei der unbestritten schwierigen Ausgangslage zukünftig vorsichtig positiv stimmen lässt, ist die Tatsache, dass die Grundbedingungen durchaus günstig sind. Das Preisklima hat sich verbessert. Die Finanzierungsbedingungen sind der Erholung förderlich und die preisliche Konkurrenzfähigkeit auf den Exportmärkten weiterhin gegeben. Es sollte durchaus möglich sein, dass in den USA das „R“-Wort im nächsten Jahr nicht für „Recession“, sondern für „Recovery“ eingesetzt werden könnte. Bei uns sollte sich die Wirtschaft auch im Jahresverlauf erholen, wenn auch das Wachstum recht mager ausfallen dürfte.

Was allerdings am meisten fehlt, ist Vertrauen und Zuversicht. Vertrauen und Zuversicht kann man nicht durch finanz- oder geldpolitische Aktionen herstellen. Dazu bedarf es mehr. Dazu braucht es vor allen Dingen einer langfristigen orientierten Politik. Und deshalb halte ich es für erforderlich, die Produktivkräfte der Wirtschaft und ihre Resistenz gegenüber Schocks durch strukturelle Reformen zu stärken.

Und dazu gehört natürlich auf der anderen Seite, dass auch das Beschäftigungswachstum bei stabilen Preisen dauerhaft nur dann zu gewährleisten ist, wenn dieser Gesichtspunkt auch bei der Lohnfindung im kommenden Jahr berücksichtigt wird.

Die Staatsfinanzen, um dazu noch etwas zu sagen, haben sich im Laufe des Jahr erheblich verschlechtert. Nach unserer Schätzung dürfte das Defizit fast 2½ % des Bruttoinlandsprodukts betragen und sich damit gegenüber dem Vorjahr fast verdoppeln. Die Fiskalpolitik ist damit expansiv und nicht restriktiv. Sie rückt mit diesem Wert nahe an das Maastricht-Kriterium heran. Nach unserer Auffassung ist diese Defizitenausweitung in hohem Maß strukturell bedingt und nicht nur durch Einnahmeausfälle durch die Steuerreform zu erklären. Wir haben uns dadurch in Deutschland – wie einige andere Länder auch – von dem im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerten Zielen entfernt. Damit die Glaubwürdigkeit dieses Paktes nicht gefährdet wird, ist es notwendig, dass der mittelfristig geplante Haushaltsausgleich nicht durch die jetzt verschlechterte Ausgangslage in Frage gestellt wird. Die Fiskalpolitik muss an den Zielen des Stabilitäts- und Wachstumspakt festhalten. Das bedeutet, man darf sich nicht auf die Wirkung der "automatischen Stabilisatoren" verlassen, sondern muss darüber hinausgehende Maßnahmen ergreifen.

Herr Meister, MdD

Eine Anmerkung zum Stand von Basel II: Heute finden in Basel Gespräche des Basel-Ausschusses statt. Dazu lässt sich sagen, dass das Verfahren sehr wahrscheinlich etwas geändert wird. Ursprünglich war vorgesehen, das Dritte Konsultationspapier Ende Februar/Anfang März zu veröffentlichen. Nach Vorgesprächen wird man wohl zu dem Ergebnis kommen, dass eine weitere Auswirkungsstudie, die so genannte Quantity Impact Study No. 3, erforderlich sein wird, die umfassend alle zurzeit in den Baseler Arbeitsgruppen diskutierten Vorschläge berücksichtigen soll. Für die Kalibrierung des für das Bankensystem erforderlichen Gesamtkapitals werden damit dann aktuellere und präzisere Daten als bisher zur Verfügung stehen; d.h. es wird eine verlässlichere Basis erzeugt. Der Dialog mit der Kreditwirtschaft und auch mit den Verbänden und der interessierten Öffentlichkeit soll weiter intensiviert werden, um die Akzeptanz des neuen Regelwerks abzusichern. Diese Akzeptanz für den Basel-Akkord ist notwendig. In Basel wird so eine Qualitätssicherung erreicht. Offene Fragen werden aber weiter parallel behandelt. Dazu gehört das Thema Asset Securitization, ein Punkt, der speziell die Amerikaner interessiert. Ein anderes Thema ist die angemessene Behandlung des Mittelstands, ein Punkt, der inzwischen nicht mehr nur die deutsche Seite interessiert. Vielmehr unterstützen mittlerweile weitere europäische Staaten die deutsche Position, und auch die Kommission hat sich dieses Themas sehr viel intensiver angenommen. Ich rechne insgesamt mit einer Verzögerung der Herausgabe des Dritten Konsultationspapiers bis ca. Mitte des Jahres. Ein genaues Datum lässt sich noch nicht genau absehen. Man kann aber davon ausgehen, dass das Inkrafttreten von Basel II im Jahr 2005 dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Frage:

Können Sie etwas zu den verschiedenen Vorschlägen zum Personalabbau in der Bundesbank sagen?

Bundesbankpräsident Welteke:

Spekulationen über Personalreduzierungen bei der Deutschen Bundesbank sind nicht motivierend und nicht förderlich. Wie ich bereits öffentlich erklärt habe, sehe ich nach der Entscheidung über die Leitungsstruktur der Deutschen Bundesbank ein – ich



betone es ausdrücklich – mittelfristiges Rationalisierungspotenzial von ungefähr 10 Prozent. Und das soll ohne Entlassungen im Rahmen der normalen Personalfuktuation ermöglicht werden.

Frage:

Was kostet das Euro-Projekt die Bundesbank, und wie viele Mitarbeiter sind dadurch gebunden?

Bundesbankpräsident Ernst Welteke:

Ungefähr 4.500 Mitarbeiter sind in der Geldbearbeitung beschäftigt. Dazu kommen Mitarbeiter, die nicht regelmäßig in der Geldbearbeitung arbeiten. Entsprechende Dispositionen liegen jedoch im wesentlichen in der Kompetenz der Landeszentralbanken, die zum Teil den Personalbestand mit Zeitarbeitskräften aufgestockt haben.

Eine seriöse Kostenschätzung über die Inverkehrgabe des Euro halte ich nicht für möglich. Einzig die Kosten für den Druck der Banknoten könnten wir vielleicht ermitteln. Aber welche Kosten die Euro-Inverkehrgabe insgesamt verursacht hat, lässt sich auch deswegen so schwer sagen, weil man kaum abgrenzen kann, welche Aufwendungen im Zusammenhang mit der Euro-Bargeldeinführung entstanden sind, und welche mit normalen Bundesbanktätigkeiten zu tun haben.

Frage:

Sind Sie mit der EZB-Übereinkunft zur Verteilung der Notenbankgewinne zufrieden?

Bundesbankpräsident Welteke:

Das Thema "Monetary Income Distribution" spielt seit Beginn der Währungsunion eine Rolle, weil man bei Abschluss des Maastrichter Vertrages 1991 nicht erkennen konnte, wie sich das Volumen des Bargeldumlaufs im Bezug zum Bruttoinlandsprodukt im Laufe der Jahre entwickeln würde. Bei uns hat der Bargeldumlauf durch den Gebrauch der D-Mark außerhalb von Deutschland im Laufe der Jahre stark zugenommen. Aus diesem Grund haben wir in einem höheren Maß Seigniorage-Einnahmen erzielt, als es unserer Quote am Kapital der Europäischen Zentralbank entspricht. Nach dem Maastrichter Vertrag ist das "Monetary Income" des ESZB-Systems aber zu poolen, d.h., der Gewinn wird an die Notenbanken in Abhängigkeit von ihrem Kapitalanteil verteilt. Der

Kapitalanteil berechnet sich je zur Hälfte nach der Zahl der Einwohner und nach dem Bruttoinlandsprodukt.

Im Maastrichter Vertrag war eine Übergangsregelung vereinbart worden, weil unsere Seigniorage-Einnahmen höher waren als es unserem Kapitalanteil entsprach. Diese Übergangsregelung ist jetzt zum Abschluss gebracht worden. Sie sieht in ihrem Kern vor, dass in den ersten vier Jahren der Europäischen Währungsunion – den drei Jahren, die jetzt hinter uns liegen und auch noch das Jahr 2002 – keine Umverteilung stattfindet. Daran schließt sich eine Periode an, in der der Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Bargeldumlauf zwischen Jahresmitte 1999 bis Jahresmitte 2001 pro Nation gegenüber dem Bargeldumlauf gemäß Kapitalschlüssel an der EZB über fünf Jahre abgeschmolzen wird. Wir haben keine definitiven Berechnungen, wie sich das auswirkt. Insgesamt hat das EZB-System gewonnen, weil es sich in einer schwierigen Frage verständigen konnte. Das finde ich außerordentlich positiv.

In diesem Zusammenhang möchte ich ergänzen, dass auch die EZB in einem Umfang von 8 Prozent zum Emittenten von Bargeld geworden ist. Das war zunächst nicht vorgesehen, ist jetzt aber Bestandteil des Kompromisses. Die Einnahmen, die die EZB daraus erzielt, werden nach Kapitalanteil verteilt. Der Hintergrund dafür ist der Maastrichter Vertrag, wonach die EZB und die nationalen Notenbanken das Bargeld herausgeben. Andernfalls wäre eine Merkwürdigkeit entstanden, denn die Noten tragen den Schriftzug EZB und die Unterschrift von Wim Duisenberg. Man hätte also sagen können, die EZB ist gar nicht an der Bargeldherausgabe beteiligt, trägt gegenüber der Öffentlichkeit aber die Verantwortung für die Echtheit der Scheine. Deshalb haben wir im EZB-Rat entschieden, dass wir alle, einschließlich der EZB, die Banknoten emittieren.

Frage:

Welche Position hat die Bundesbank zu dem IWF-Vorschlag über Konkursverfahren für Staaten ?

Dr. Stark, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank

Dieser Vorschlag ist kürzlich vom stellvertretenden Managing Director des IWF präsentiert worden. Dies ist aber keine neue Idee, sie ist vielmehr bereits Mitte der 90er

Jahre unmittelbar nach der Mexico-Krise heftig diskutiert worden. Weil man aber damals Probleme in der Praktikabilität gesehen hat, wurde die Idee auf Eis gelegt. Immerhin müssen sich hierzu alle Staaten der Erde zu gemeinsamen Konkursregeln durchringen. Auch wenn die Umsetzung sicher längere Zeit benötigt, halten wir den Vorschlag dennoch für einen positiven Ansatz, weil damit eine klare Regelung getroffen wird, um Anleihegläubiger bei einer schwierigen Lage eines Landes in die Krisenlösung miteinzubeziehen. Gerade seitens Deutschlands und der Bundesbank wird seit mehreren Jahren gefordert, den privaten Sektor stärker zu beteiligen.

Frage:

Rechnen Sie damit, dass mit der Einführung des Euro-Bargeldes auch Begehrlichkeiten auf die überschüssigen Währungsreserven geweckt werden?

Bundesbankpräsident Welteke:

Das Maastrichter Vertragswerk bestätigt, dass die nationalen Notenbanken die Währungsreserven unabhängig verwalten. Sie haben recht mit Ihrer Erwartung, dass möglicherweise diskutiert wird, ob die Währungsreserven im Europäischen Währungssystem nicht zu hoch sind. Aber fragt man nach der angemessenen Höhe der Währungsreserven, gibt es keine Antwort. Deshalb gehen wir mit unseren Währungsreserven auf absehbare Zeit sehr pfleglich um. Wir bauen zwar keine weiteren mehr auf, indem wir Zinserträge nicht thesaurieren, sondern wieder in den Markt einschleusen. Den Bestand lassen wir aber konstant und sind damit auch gut beraten.

Frage:

Die EZB hat heute ihre Wachstumsprognosen für den Euro-Raum veröffentlicht. Können Sie die Projektion für das deutsche BIP-Wachstum und die Inflationsrate 2002/2003 nennen und interpretieren? Erkennen Sie Deflationsrisiken, wenn die Inflationsrate in Richtung 1% und darunter geht?

Prof. Dr. Remsperger, MdD

Seit der zweiten Jahreshälfte 2001 befinden wir uns in einer Stagnation. Wir müssen auch damit rechnen, dass das vierte Quartal des laufenden Jahres erneut ungünstig

ausfällt. Vor diesem Ausgangspunkt werden die Werte im Jahresdurchschnitt des Jahres 2002 wahrscheinlich erneut ungünstig ausfallen und sich erheblich unter dem Potenzialwachstum befinden. Dieses Bild wird jedoch nur dann vollständig, wenn man zugleich den Verlauf des kommenden Jahres im Auge behält. In der Bundesbank sind wir der Auffassung, dass es im Verlauf des Jahres 2002 zu einer graduellen Verbesserung der Konjunktur kommt. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen: Zum einen wird erwartet, dass die Preissteigerungsrate in Deutschland weiter zurückgeht. Diesen Prozess als deflationär zu bezeichnen, halte ich jedoch für unangemessen. Ich würde eher von Disinflation reden. Die zurückgehende Inflationsrate im kommenden Jahr wird die deutsche Konjunktur stützen.

Wir sollten darüber hinaus nicht vernachlässigen, dass das Volumen am Welthandel im laufenden Jahr in der Wachstumsrate erheblich zurückgegangen ist. Das hat dazu beigetragen, dass wir eine sehr niedrige Wachstumsrate haben. Wir vermuten darüber hinaus, dass nach kräftigen Anpassungen in der Lagerhaltung ein diesbezüglicher Anstieg im kommenden Jahr zum Wirtschaftswachstum beitragen könnte. Schließlich darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Kreditbedingungen weiterhin günstig sind. Wir müssen also differenzieren: Für den Durchschnitt des Jahres ist erneut mit einer eher mageren Wachstumsrate zu rechnen. Im Verlauf des nächsten Jahres wird es aber zu einer Verbesserung der Konjunktur kommen.

Frage:

Wie definieren Sie eine Deflation? Und wie kann es angesichts einer rückläufigen Inflationsrate zu einer Konjunkturerholung kommen?

Prof. Dr. Remsperger, MdD

Man kann bei Inflationsraten, die sich im Jahresdurchschnitt um ca. 1 Prozent bewegen, nicht von Deflation sprechen. Für eine Deflation müssen eine Reihe von Faktoren zusammen kommen. Dazu gehört ein Rückgang im Preisniveau. Nach meiner Auffassung muss aber auch ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität auf breiter Front hinzukommen.

Zu Ihrer zweiten Frage, wie eine rückläufige Inflationsrate die Konjunktur stützen kann: Dieser Zusammenhang ist über den privaten Konsum herzustellen. Eine sinkende

Inflationsrate stützt tendenziell das Einkommen der privaten Haushalte, und dies stützt wiederum die Konjunktur.

Frage:

Herr Welteke, die EZB hat schon fast gebetsmühlenartig in der Vergangenheit gesagt, dass zur Sicherung der Preisstabilität und auch für den Abbau der Arbeitslosigkeit moderate Lohnabschlüsse gewünscht werden. Jetzt hat die IG Metall eine erste Tarifforderung für Deutschland vorgelegt. Wie wurde das im EZB-Rat aufgenommen?

Bundesbankpräsident Welteke

Im EZB-Rat ist über dieses Thema nicht diskutiert worden. Ich werde mich auch nicht öffentlich mit Empfehlungen an Tarifvertragsparteien wenden. Die Tarifvertragsparteien, und das sind nicht nur die Gewerkschaften, sollten allerdings berücksichtigen, dass die Preisentwicklung wieder in Richtung Stabilität geht. Auch sollte darauf geachtet werden, dass es nicht allein darum gehen kann, den Beschäftigten mehr Einkommen zu verschaffen. Sondern es muss auch darum gehen, den Arbeitslosen Möglichkeiten zur Beschäftigung zu verschaffen. Das sind die beiden Aspekte, die ich äußere. Ansonsten ist die Verantwortung, wie sie bei uns für die Geldpolitik liegt, für die Lohnpolitik bei den Tarifvertragsparteien.

Frage:

Deutschland liegt in Sachen Wachstum hinten in Europa. Wir haben spezifische deutsche Probleme. Das Wachstum ist allgemein schwach, die Arbeitslosigkeit steigt. Ist das ein Resultat des gemeinsamen Geldes? Wie können wir Wachstum beschleunigen und Arbeitslosigkeit abbauen und somit erreichen, dass Deutschland in Europa nicht an letzter Stelle liegt?

Bundesbankpräsident Welteke

Zunächst ist es so, dass weder die Europäische Union noch die Europäische Währungsunion Wohlfahrtsunterschiede in Europa vertiefen. Deshalb müssen die Länder, die bisher schon ein hohes Leistungsniveau erreicht hatten, beim Wachstum hinter denen, die erst noch aufholen müssen, zurückbleiben. Zudem ist Deutschland international stärker verflochten als der Durchschnitt der Länder der Europäischen Währungsunion und der EU insgesamt.

Zusätzlich belasten die Probleme im Bausektor als Spätfolgen der deutschen Einigung. In der ersten Hälfte der 90er Jahre sind erhebliche Baukapazitäten aufgebaut worden, deren Anpassung wir jetzt erleben. Wenn man frühere Konjunkturverläufe betrachtet, so hat es nie einen selbsttragenden Aufschwung in der Bundesrepublik gegeben, an dem die Bauindustrie nicht beteiligt gewesen wäre. Solange wir schrumpfende Raten im Bausektor haben, wird es uns nur schwer möglich sein, wieder deutlich positive Auftriebskräfte freizusetzen. Darüber hinaus ist es natürlich unumstritten, dass auch die Politik im Bereich der strukturellen Reformen weiter vorangehen muss.

Frage:

Herr Welteke, Sie sprechen von einer hartnäckigen Stagnation. Würden Sie es vermeiden, für Deutschland von Rezession zu sprechen? Wann erwarten Sie eine Erholung der deutschen Konjunktur und der Konjunktur in der Euro-Zone? Erwarten Sie, dass die Bundesbankreform in dieser Legislaturperiode überhaupt noch verabschiedet werden kann? Zum Euro-Bargeld: was gibt es für neue Erkenntnisse, wie sich Euro-Preise auf das Preisniveau niederschlagen? Wo werden Sie den Euro an Silvester begrüßen?

Prof. Dr. Remsperger, MdD:

Zum ersten Komplex. Ich glaube man sollte mit dem Wort Rezession sehr vorsichtig umgehen und vor allem darauf achten, dass man von Rezession erst dann reden soll, wenn die Wirtschaft wirklich rückläufig ist. Dann muss es einen tiefen Rückgang in der gesamten Breite der Wirtschaft geben. Ich kann nur wiederholen, dass wir uns in einer Stagnation befinden. Ich habe vorhin eine Reihe von Gründen genannt, warum es im kommenden Jahr konjunkturell aufwärts gehen könnte. Dieses aber nun genau zu terminieren, wäre nicht angemessen. Aber ich glaube schon, dass das erste Quartal des kommenden Jahres, wenn man auf die Vorlaufindikatoren sieht, noch sehr stark geprägt ist von der eher ungünstigen aktuellen Entwicklung. Möglicherweise wird es danach wieder etwas besser werden.

Bundesbankpräsident Welteke:

Am Brandenburger Tor werde ich den Euro in der Silvesternacht erwarten. Evidenz für generelle Preissteigerungen aus der Umstellung von DM- auf Euro-Preise besteht

keine. Es gibt vereinzelte Meldungen über Preiserhöhungen. Allerdings wird über Preissenkungen auch nicht berichtet, so dass sich die Preiserhöhungen, die es in Einzelfällen gibt, in der anekdotischen Evidenz stärker niederschlagen als Preissenkungen. Versuche zur Überwälzung der Einmalkosten der Euro-Einführung durch den Handel sind denkbar, aber diese werden sich in naher Zukunft für die Gesamtwirtschaft durch höhere Erlöse ausgleichen. Die zweite Möglichkeit ist, dass tatsächlich bei der Festlegung der Euro-Preise versucht wird, Preiserhöhungen durchzusetzen. Hier ist insbesondere der Verbraucher gefordert. Die dritte Möglichkeit ist die, dass Preiserhöhungen vorgenommen werden, weil mit neuen Preisfestsetzungen bis zur Euro-Einführung gewartet wurde. Diese finden zwar jetzt statt, haben aber nichts mit der Euro-Einführung unmittelbar zu tun.

Zur Bundesbankstrukturreform. Ich wünsche mir, wir würden in dieser Legislaturperiode noch eine Bundesbankstrukturreform erleben. Allerdings ist bekannt, dass die beiden Positionen, auf der einen Seite eine mehr dezentrale Leitungsstruktur und auf der anderen das Vorstandsmodell, sowohl im Zentralbankrat als auch zwischen den Ländern und dem Bund umstritten sind. Es wird nicht einfach sein, hier einen Kompromiss zu finden, der die von uns identifizierten Probleme in der Leitungsstruktur beseitigt.

Frage:

Gibt es Veränderungen beim DM-Bargeldumlauf, die bemerkenswert sind? Welche Veränderungen erwarten Sie in der nächsten Zeit?

Herr Meister, MdD:

Die neusten Zahlen belegen, dass der Bargeldumlauf in Deutschland seit Beginn des Jahres um etwa 68 Mrd. DM zurückgegangen ist, so dass wir jetzt einen Bargeldumlauf von etwa 196 Mrd. DM haben. Das ist der Stand von Ende November und der D-Mark-Bargeldumlauf wird in den nächsten drei Monaten im Zuge der Euro-Einführung weiter stark abnehmen.

Frage:

Gibt es Schätzungen über die Höhe von Schwarzgeld im Bargeldumlauf?

Bundesbankpräsident Welteke:

Es gibt keine solche Schätzungen in der Bundesbank.

Frage:

Erwarten Sie an den ersten Tagen Probleme mit der Bargeldversorgung?

Bundesbankpräsident Welteke:

Es mag vielleicht hier und da vor einem Bargeldautomaten einen Stau geben. Aber ansonsten erwarte ich eigentlich überhaupt keine größeren Probleme. Wenn die Menschen sich rational verhalten und den Bedarf an Transaktionskasse für die nächsten Tage aus dem Geldautomaten nehmen, läuft das ganze Prozedere reibungslos.

Herr Meister, MdD:

Vielleicht darf ich noch einige aktuelle Zahlen ergänzen. Die Vorabausstattung der Banken mit Euro-Bargeld läuft wirklich ungewöhnlich gut. Bis zum 9.12. wurden 41,3 Mrd Euro abgeholt, die im Wege des Subfrontloadings auch bei den Einzelhändlern und Supermarktketten verbleiben, das sind etwa 71 %. Insofern liegen wir sehr gut im Plan. Bei den Münzen ist es ähnlich, statt erwarteten 3,6 Mrd. Euro wurden schon 4 Mrd. Euro abgeholt, so dass wir wirklich mit einer hervorragenden Ausstattung des Einzelhandels rechnen. Von der Stückzahl, macht dies 11,5 Mrd. Stück von insgesamt 17 Mrd. aus. Also da sind schon mehr abgeholt worden als angemeldet waren. Alles läuft reibungslos – auch dank der Mitwirkung der Landeszentralbanken.

Frage:

Es hieß, die kleinen Scheine seien knapp geworden. Können Sie dazu etwas sagen?

Herr Meister, MdD:

Besonders nachgefragt von den Banken wurden die kleinen Euro-Scheine, insbesondere die 5 €-Note. Hier haben wir noch einmal 360 Mio. Stück nachdrucken lassen. Insofern konnten wir alle Wünsche, die von der Kreditwirtschaft an uns herangetragen worden sind, voll erfüllen. Wir sind überzeugt davon, dass es auch hier keine Knappheitserscheinung geben wird.



Frage:

Gut 55 Mio. Starter Kits wurden hergestellt. Können Sie mir sagen, wie viele Starter Kits insgesamt tatsächlich auf den Markt gegeben werden?

Herr Meister, MdD:

Zur Klarstellung: 53,5 Mio. Starter Kits stehen am 17. Dezember zur Verfügung. Im Übrigen sind die Banken bevollmächtigt, in etwa einer gleichen Größenordnung entweder Starter Kits in ähnlichem Umfang herzustellen oder auch lose Münzen auszugeben. Insofern kann man davon ausgehen, dass mehr als 100 Mio. Starter Kits zur Verfügung stehen.

Frage:

Was für eine Nachfrage an Starter Kits erwarten Sie? Gibt es Anfragen aus der Bevölkerung, die daran interessiert ist?

Herr Meister, MdD:

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband hat von einem Meinungsforschungsinstitut eine Umfrage durchführen lassen. Danach wurden 60 Mio. Starter Kits gewünscht. Ob dies der tatsächliche Bedarf ist, bleibt offen. Unsere Schätzung hatte sich konkretisiert an der Zahl der Haushalte in der Bundesrepublik. Wir haben diese Überlegungen gemeinsam mit den Banken getroffen. Wir sind davon ausgegangen, dass etwa pro Haushalt 1 1/2 Starter Kits zur Verfügung stehen sollten. Das ist ausreichend. Die Starter Kits haben nicht den Zweck, Sammlerinteressen Rechnung zu tragen. Wir wollten, dass die Menschen sich an die Münzen gewöhnen.

Frage:

In anderen europäischen Ländern, z. B. in den Niederlanden, bekommt jeder Einwohner schon am Freitag einen Starter Kit umsonst geschenkt. Warum gibt es das nicht auch hier in Deutschland?

Bundesbankpräsident Welteke:

Die Bedingungen und Voraussetzungen in den einzelnen Euroländern sind zu unterschiedlich. Außerdem wäre für ein kostenloses Starter Kit bei 80 Millionen Menschen in Deutschland der gegenwärtige Haushaltsspielraum wohl zu eng.